

Sie wollen gute Krippen, aber nicht zahlen

Kinderbetreuung Regierungsräte und Arbeitgeber planen, die Qualität in Kindertagesstätten schweizweit zu erhöhen. Dafür bräuchte es aber über eine Milliarde Franken – für die niemand aufkommen will.

Claudia Blumer

Jeder Kita-Platz schafft ein zusätzliches Erwerbsspensum von 46 Prozent. Zu diesem Schluss gelangte vor einigen Wochen eine Studie der Jacobs Foundation. Ein Plus von schweizweit 21 000 Kita-Plätzen würde das Bruttoinlandsprodukt demnach längerfristig um 3,3 Milliarden Franken steigern – bei Kosten von jährlich 794 Millionen Franken. Auch die Arbeitgeber sehen dieses Potenzial – sie haben sogar die Initiative ergriffen, um das Angebot und die Qualität in der Kinderbetreuung zu erhöhen.

«Arbeitende Mütter sollen ihre Pensen erhöhen», sagte Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands, schon vor zwei Jahren in dieser Zeitung. 60 Prozent sind für ihn die unterste Grenze, bei Kaderjobs sollen es 80 Prozent sein.

Allerdings sind manche Kinderkrippen wegen mangelnder Qualität zuletzt in Verruf geraten. Es fehlen finanzielle Ressourcen und genügend qualifiziertes Personal, wie eine Recherche dieser Zeitung gezeigt hat. Inzwischen hat sich jedoch eine breite Allianz unter dem Titel «Vereinbarkeit Familie und Beruf» formiert, die die Qualität der Krippen verbessern will. Schirmherrin ist Justizministerin Karin Keller-Sutter, geleitet wird sie von Arbeitgeberchef Valentin Vogt. Weiter dabei sind nationale und kantonale Parlamentarier, diverse Verbände, die kantonalen Erziehungsdirektoren sowie die Sozialdirektoren.

Verantwortung der Firmen

Ziel der Allianz ist es, schweizweit einheitliche Qualitätsstandards zu erarbeiten. Das ist nicht ganz einfach, da die ausserfamiliäre Kinderbetreuung wie auch die Bildung in der Hoheit der Kantone und Gemeinden liegt. Der Bund hat wenig zu sagen, weshalb Vorstösse im eidgenössischen Parlament keine baldige Lösung versprechen. Die Allianz «Vereinbarkeit Familie



Hier geht es friedlich zu, doch in der Politik wird um Kitas gestritten. KEYSTONE

In der Romandie beteiligen sich die Arbeitgeber an den Kosten.

und Beruf» versucht es deshalb mit interkantonalen Empfehlungen oder einem Konkordat. Im kommenden Jahr soll ein Vorschlag präsentiert werden.

Uneinigkeit herrscht innerhalb der Allianz allerdings bei der Finanzierung. Der Verband Kibesuisse (Kinderbetreuung Schweiz) hat den finanziellen Bedarf für qualitativ bessere Kindertagesstätten ausgerechnet: Rund eine Milliarde Franken bräuchte es allein in der Deutschschweiz. Kantone und die Linke sind tendenziell der Ansicht, die Arbeitgeber müssten sich an den Kita-Kosten direkt beteiligen, da sie ein emi-

mentes Interesse an einem guten Angebot und einen direkten Nutzen daraus haben. «Sie tragen eine Verantwortung bei diesem Thema», sagt Gaby Szöllösy, Generalsekretärin der Sozialdirektorenkonferenz.

Valentin Vogt hingegen ist der Ansicht, dass der Staat für das Kita-Angebot zuständig sei. «Letztendlich ist das eine Infrastrukturaufgabe», sagt er. «Es käme auch niemand auf die Idee, dass die Arbeitgeber selbst Schulen gründen müssten. Sie finanzieren die Infrastruktur bereits via Steuern mit – und dies umso mehr, je höher die Erwerbsquote ist.»

In Westschweizer Kantonen beteiligen sich die Arbeitgeber heute schon an den Kinderbetreuungskosten. Vorreiter ist der Kanton Waadt, der vor einigen Jahren die Unternehmenssteuern senkte und im Gegenzug Firmen bei der Kita-Finanzierung eingebunden hat. Mittlerweile haben auch Freiburg, Neuenburg und Genf solche Modelle.

Christoph Amstad, Obwaldner Regierungsrat und Vizepräsident der Sozialdirektorenkonferenz hofft, dass sich dieses Modell auch in der Deutschschweiz durchsetzt. «Die Arbeitgeber haben ein grosses Interesse am

Ausbau und an der Verbesserung der Kinderbetreuung», sagt der CVP-Politiker. Je nach Verfügbarkeit von Fachkräften werde die Bereitschaft der Wirtschaftsverbände an einer solchen Zusammenarbeit steigen. «Heute haben viel mehr Frauen einen akademischen Abschluss als noch vor 20 Jahren. Es wäre doch schade, dieses Potenzial nicht zu nutzen», sagt Amstad. In der Westschweiz sei diese Erkenntnis schon vorhanden, «die Romandie ist hier weiter als wir».

Der Staat soll es richten

Arbeitgeberpräsident Vogt hat nichts dagegen, solange die Übereinkunft freiwillig und auf kantonalen Ebene entsteht. Eine schweizweite Lösung mache keinen Sinn. Kibesuisse sieht es wie die Arbeitgeber: Kinderbetreuung ist Staatsaufgabe. «Das Sicherstellen qualitativ guter familienergänzender Bildung und Betreuung ist eine Infrastrukturaufgabe», sagt Estelle Thomet, Leiterin Regionen bei Kibesuisse.

Heute sind die finanziellen Ressourcen in vielen Einrichtungen zu knapp, um genügend qualifiziertes Personal einzustellen, damit eine Betreuerin oder ein Betreuer nicht zu viele Kinder gleichzeitig betreuen muss. Dieser sogenannte Betreuungsschlüssel (Verhältnis Betreuer - Kinder) ist ein zentrales Qualitätskriterium.

Die knappen Budgets der Kindertagesstätten werden hauptsächlich durch Elternbeiträge bestritten, die in der Schweiz auch kaufkraftbereinigt deutlich höher sind als in anderen Ländern. Bei den Tarifen gibt es also kaum Spielraum – nicht nach oben, weil sonst die Erwerbsbeteiligung der Mütter weiter erschwert würde, und nicht nach unten, weil die Kinderkrippen sonst gar nicht mehr funktionieren könnten.

Somit bleibt abzuwarten, ob die Qualitätsoffensive am Ende nicht scheitert, weil niemand dafür bezahlen kann oder will.

Im Tessin gilt ab heute die höchste Alarmstufe

Bellinzona Der Tessiner Staatsrat fordert vom Bund, dass dieser in der Coronakrise das Ruder übernimmt. Treffen darf man sich im Kanton höchstens zu fünf.

Im Tessin gelten ab heute verschärfte Regeln zur Eindämmung des Coronavirus. Versammlungen von mehr als fünf Personen im öffentlichen Raum sind verboten ebenso wie öffentliche und private Veranstaltungen mit mehr als fünf Personen. Neu gilt Alarmstufe Rot.

Die Massnahmen sind bis 30. November in Kraft, wie die Regierung gestern in Bellinzona vor den Medien darlegte. Auch alle Gruppensportaktivitäten sind ab Montag verboten, ausser für Kinder unter 16 Jahren. Von der neuen Verschärfung ausgenommen sind religiöse Veranstaltungen wie Begräbnisse oder Hochzeiten, für die das Maximum auf 30 festgelegt ist. Die Tessiner Regierung rief zur strikten Einhal-

tung von Distanzregeln, Maskenpflicht und Hygiene auf. Kontakte sollten möglichst auf den Familienkreis beschränkt werden.

Angekündigt wurde eine Erhöhung der Zahl an Intensivbetten auf 82 und der Akutbetten auf 340 sowie die Weiterführung der Wirtschaftshilfe. Die Entschädigung für Verdienst-Ausfall wird bis Juni 2021 verlängert.

Den Bundesrat fordert die Tessiner Regierung zudem zur Wiedereinführung der ausserordentlichen Lage auf, wie sie im Frühjahr in Kraft war. Eine landesweit einheitliche Regelung könne der Ausbreitung des Coronavirus besser die Stirn bieten.

Im Palazzo delle Orsoline in Bellinzona informierten drei Mitglieder der Tessiner Exekutive: Neben dem Regierungspräsidenten Gobbi der Direktor der Abteilung für Gesundheit und Soziales, Raffaele De Rosa und der Vorsteher der Abteilung für Wirtschaft Christian Vitta. sda

Im Jura bleibt alles beim Alten

Delsberg Die CVP wollte ihren zweiten Sitz zurückholen, die Linke ein zusätzliches Mandat gewinnen. Doch daraus wurde nichts. Die bisherige Regierung ist auch die künftige.

Bei den Staatsratswahlen im Kanton Jura sind alle Bisherigen im zweiten Wahlgang bestätigt worden. Weder der CVP noch den Grünen gelang es, einen Sitz zu erobern.

Das beste Resultat erzielte Wirtschafts- und Gesundheitsdirektor Jacques Gerber. Der Freisinnige erzielte bei einer Wahlbeteiligung von 45,66 Prozent 12 815 Stimmen und lag damit nur gerade 10 Stimmen vor Bildungsdirektor Martial Courtet (CVP), der 12 805 Stimmen auf sich vereinigte.

Auf dem dritten und vierten Rang folgen die beiden SP-Staatsrätinnen: Die für das Innere zuständige Nathalie Barthoulot brachte es auf 11 851 Stimmen, Finanzdirektorin Rosalie Beuret auf 11 647. Beuret war erst

im März in die Regierung gewählt worden als Nachfolgerin des heutigen CVP-Ständerats Charles Juillard.

Ebenfalls wiedergewählt wurde Umweltdirektor David Eray mit 10 413 Stimmen. Der Staatsrat der christlich-sozialen PCSI musste um den Verbleib in seinem Amt bangen, weil er im ersten Wahlgang vom 18. Oktober auf dem sechsten Platz gelandet war. Eray hatte indes schon 2015 im zweiten Wahlgang kräftig zugelegt und sich vom siebten auf den dritten Rang vorgekämpft. Mit Ausnahme von Rosalie Beuret Siess gehören alle Minister der jurassischen Regierung seit 2015 an. Beim ersten Wahlgang am 18. Oktober waren

noch 13 Kandidierende angetreten, alle verfehlten jedoch das absolute Mehr. Chancenlos waren die beiden Kampfkandidaturen, die sich am zweiten Wahlgang beteiligten.

Stéphane Babey, der für die CVP den im März an die SP verlorenen zweiten Sitz hätte zurückerobert, erhielt 9583 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatte er noch Eray um über 700 Stimmen distanziert. Zu ihren besten Zeiten hatte die CVP im Kanton Jura drei von insgesamt fünf Sitzen in der Regierung. Ihr Ziel verfehlt haben auch die SP und die Grünen, die nach Sitzgewinnen im Parlament in der Regierung eine rot-grüne und weibliche Mehrheit anstrebten. Céline Robert-Charrie Linder von den Grünen musste sich mit jedoch 6076 Stimmen zufriedengeben. Damit setzt sich die Regierung des jüngsten Schweizer Kantons in der nächsten Legislatur aus zwei Sozialdemokratinnen und je einer Vertretung von CVP, FDP und PCSI zusammen. sda

Jacques Gerber Bestgewählter Staatsrat



Gratulationen aus Bern für Joe Biden

Bern Vertreter der Schweizer Parteien und der Wirtschaft haben positiv auf die Wahl des Demokraten Joe Biden zum 46. US-Präsidenten reagiert.

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga sprach von einem «starken Signal». In einem Brief an Biden habe Sommaruga ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, dass die Kooperation auf multilateraler Ebene etwa in der Friedensförderung, bei den Menschenrechten oder beim Klimaschutz ausgebaut werden könne, hiess es bei ihrem Departement.

Vertreter der drei Parteien SP, FDP und CVP reagierten allesamt positiv auf den Regierungswechsel. Am deutlichsten äusserte sich FDP-Ständerat Andrea Caroni: Bidens Wahl zeige, dass die Demokratie in den USA eine genügend starke Abwehrkraft gegen einen «Systembrecher» und «Spaltpilz» wie Donald Trump habe. sda